



Kai Gehring

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Jugend- und Hochschulpolitik

17. März 2009

Thesen zur Debatte nach dem „Amoklauf“ von Winnenden: Für eine Kultur des Hinsehens und der Waffenfreiheit!

1. Der Amoklauf an der Albertville-Realschule von Winnenden ruft Fassungslosigkeit, Trauer, Entsetzen und Empörung hervor. Den Opfern, ihren Angehörigen und Freunden sowie der Stadt gilt unser Mitgefühl und unsere Solidarität.
2. Reflexartige und aktionistische Nonsens-Forderungen werden den furchtbaren Ereignissen nicht gerecht. Eindimensionale Lösungsvorschläge geben keine angemessene Antwort auf die Komplexität von Amokläufen.
3. Wichtig ist, die Tatumstände des Schul-Amoklaufs in Winnenden gründlich und lückenlos zu ermitteln anstatt überstürzt spekulative Debatten zu entfachen. Die präzise Aufklärung der genauen Hintergründe für die schreckliche Tat ist entscheidend, um dabei zu helfen, künftigen Amokläufen vorzubeugen.
4. Zwischen 1974 und 2007 kam es wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge zu etwa hundert Schul-Amokläufen weltweit, 66 davon im letzten Jahrzehnt – mit zahlreichen Toten und Verletzten in der Schüler- und Lehrerschaft. Hierzulande ereigneten sich schwere Amokläufe zuvor in Erfurt, Emsdetten und Freising. Dennoch handelt es sich um furchtbare Einzeltaten.
5. Patentlösungen zur Verhinderung von Amokläufen und absolute Sicherheit wird es nicht geben können. Dafür sind die Täterprofile und Tatusachen trotz einzelner Parallelen zu verschieden. Zugleich müssen wir **alle möglichen politischen Maßnahmen prüfen, ob sie geeignet sind, das Risiko von Amokläufen zu minimieren.**
6. Entscheidend und besonders wirksam für die Prävention von Amokläufen ist eine „Kultur des Hinsehens“ im sozialen Umfeld. Das wichtigste Frühwarnsystem sind aufmerksame Eltern, Freunde, Mitschüler/innen und Lehrkräfte. Im Vor- und Nachhinein sind immer wieder Anzeichen für drohende Gewaltexzesse erkennbar.

7. Polizei und Schulen müssen mit Krisenplänen auf Amokläufe vorbereitet sein – bundesweit und flächendeckend. Ebenso muss es allorts Strukturen geben, die sicherstellen, dass die Opfer nach einer Tat fachkundig betreut werden. Den professionellen Helferinnen und Helfern in Winnenden muss in diesem Zusammenhang ausdrücklich gedankt werden.
8. Wir brauchen vor Ort eine breite Sensibilisierung für verschiedene Formen von Ausgrenzung und Gewalt sowie zur Wahrnehmung von sozialer Isolation. Hiergegen helfen Aufmerksamkeit, Zuwendung und Wertschätzung. Dies kann nicht allein von der Politik stellvertretend geleistet werden, sondern muss innerhalb der Gesellschaft zu Dialogen und Konsequenzen im direkten Lebensumfeld führen.
9. Schulen können strukturell und in der konkreten Alltag Mobbing, Isolation und Demütigungen entgegen wirken. Neben einer angemessenen Ausstattung der Jugendhilfe müssen auch in den Schulen selbst deutlich mehr Schulpsychologen und Schulsozialarbeiter eingesetzt werden.
10. Deutschland hat bereits einen verantwortungsvollen Jugendmedienschutz. Gewaltverherrlichende Computerspiele können schon jetzt verboten werden und werden es auch. Im Jahr 2003 hat Rot-Grün den Jugendmedienschutz grundlegend reformiert und effektiviert. Die große Koalition hat im vergangenen Jahr weitere Verschärfungen vorgenommen. Pauschale Verbote von so genannten „Killerspielen“ sind wenig zielführend. Es muss vielmehr alles dafür getan werden, dass die bestehenden gesetzlichen Regeln in der Praxis eingehalten werden. Gewaltspiele können riskant auf Jugendliche wirken, wenn sie mit Sucht und Isolation einhergehen. Daher braucht es zuhause ein genaues Hinsehen der Eltern.
11. Waffenfreiheit ist unser grünes gesellschaftliches Leitbild. Die massive Verringerung der Verfügbarkeit von Waffen trägt zur Risikominimierung bei. Das bestehende Waffenrecht muss eingehalten und die Kontrolldichte zur Einhaltung des Waffengesetzes deutlich erhöht werden. Verantwortlichkeiten in diesem Bereich müssen zweifelsfrei definiert werden.
12. Wir halten unsere Forderungen nach einem nationalen Waffenregister aufrecht und wollen die Aufbewahrung von Waffen in Privathaushalten grundlegend einschränken. Zugleich sind Lösungen zur sicheren Aufbewahrung von Waffen außerhalb von Privathaushalten zu finden, wie wir es bereits in unserem Antrag für ein schärferes Waffengesetz im Jahr 2007 gefordert haben. Neben einer zentralen Lagerung kommen wirksame Blockiersysteme und die separate Aufbewahrung von Waffe und Munition in Betracht.
13. Erhobene Forderung nach Installation von Metalldetektoren und Einlasskontrollen an allen Schulen in Deutschland lehnen wir ab, da sie allenfalls scheinbare aber keine tatsächliche Sicherheit bringen können. Schulen dürfen nicht zu Hochsicherheitstrakten werden, sondern müssen offene Orte des Lernens und Lebens bleiben.